

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten frei im Jahre monatlich 12.00 Mark. Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentags. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 2.00 Mark, auswärts 2.50 Mark, Restland-Preise 1.50 Mark. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1090

Nr. 69

Mittwoch, den 22. März 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die Reparationskommission setzte einstimmig die von Deutschland im Jahre 1922 für das Reparationskonto und für die Befugnisse der Reparationszahlungen auf 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen fest. Ebenso sagte die Kommission einen einstimmigen Beschluß über die Bedingungen und Garantien, die Deutschland als Gegenleistung für den ihm vorläufig bewilligten teilweisen Zahlungsausschub aufzuerlegen sind.

Nach in Berlin vorliegenden Meldungen aus Genf erfolgt am 30. März die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über Ober-Schlesien.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt am heutigen Mittwoch zur Besprechung des sog. Bismarck-Abkommens zusammen.

Der zum deutschen Botschafter in Washington bestimmte Geheimrat Wiedfeldt hat bei Amerika nachgesuchte Vizekonzession erhalten. Die offizielle Ernennung wird daher demnächst erfolgen.

### Die Deutsch-Amerikaner und die alte Heimat.

Von besonderer Seite wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Während und nach dem Kriege ist in Deutschland über die Deutsch-Amerikaner manch hartes Wort gefallen. Man vermied bei ihnen das kräftige Eintreten für die deutsche Sache, die Begünstigung für das alte Vaterland. Mag dieser Vorwurf in mancher Beziehung auch zu Recht bestehen, so darf man doch andererseits nicht vergessen, daß der Deutsch-Amerikaner sich in den Vereinigten Staaten eine sichere Position geschaffen haben. Die sie aufs Spiel gesetzt hätten, wenn sie sich gar zu sehr bloßgestellt hätten. Es hat eben jedes Ding seine zwei Seiten. Und dennoch haben die Deutsch-Amerikaner viel für das alte Vaterland getan, besonders jetzt nach dem Kriege, wo sie Millionen von Dollars für die deutschen hungerleidenden Kinder gesammelt haben. Tausende von Amerikanern deutscher Herkunft haben an dem Empfang des Dampfers teilgenommen und der Besatzung des Schiffes Beweise echtdeutscher Treue gegeben, die ohne Zweifel als ein hervorragendes Bekenntnis zur deutschen Heimat aufzufassen und daher um so höher zu werten sind. Die Begeisterung für Deutschland erreichte ihren Höhepunkt bei der Empfangsfestlichkeit, die im Lexington Avenue Theater stattfand. Es war eine tiefendemonstrative der Deutsch-Amerikaner für die alte Heimat. Das Theater war innen und außen mit Fahnen und Guirlanden prächtig geschmückt, überall sah man den umkränzten blauen Lloyd-Adler und den Bremer Schlüssel im weißen Felde und fern: Welcome Sehdlig. Das 2000 Menschen fassende Brauhaus über dem Portal las man in flammenden Letztern war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Kapitän der Sehdlig Erik Reß wurde mit brausendem Jubel empfangen. Diese stürmischen Kundgebungen wiederholten sich bei allen Reden, die gehalten wurden und von denen besonders die des Hauptredners Prof. Francis M. Schirp, des Vorsitzenden der vor einlaßen Jahren gegründeten Steuben Society of America ihrem Inhalt nach auch in ganz Deutschland bekannt zu werden verdient. Mit Nachdruck wies Prof. Schirp auf die Notwendigkeit politischer Aktion durch die Deutsch-Amerikaner hin. Niemand könne die Deutsch-Amerikaner hindern, die alte Heimat zu lieben, die heute zu Füßen eines gewissenlosen Konfortiums kauzaleriger Mächte in Staub liegt. Das deutsche Volk sei durch den Versailles Vertrag gemein belogen worden. Statt der 14 Punkte habe man ihm den Versailles Frieden aufgedrückt, den ungerechtesten, unmenschlichsten, diabolischsten Pakt, den Haß und Raubpatz je ausgegabt. Die Interessen der ganzen Welt verlangten, daß das deutsche Volk nicht zur Verzweiflung geirrt werde. Solange die Deutsch-Amerikaner eine Stimme hätten, müßten sie laut hinausrufen, daß die Freiheit der Welt ein freies Deutschland fordere. Sehr bemerkenswert waren die Ausführungen des Redners über die bisherige Haltung der Deutsch-Amerikaner: In der

Vergangenheit haben wir Deutsch-Amerikaner uns in politischer Beziehung einer groben Unterlassungs- und Schuld gemacht, zu unserem eigenen Schaden und zum Schaden unseres Landes. Wenn wir bedenken wie andere Volkselemente, die lange nicht so zahlreich sind wie wir, seit den ersten Tagen der Geburt unserer Republik bestimmend auf die Geschicke des Landes eingewirkt haben — und nicht immer zu dessen Vorteil — dann müssen wir doch zu der Ueberzeugung kommen, wenn die das können, warum nicht wir? Dabei werden wir stets das Wohl unseres Landes im Auge haben. America first! wird unsere Devise sein, wenngleich wir, wie unsere Väter dieses Wort nicht in einem fort im Munde führen, wie die Hundertprozentigen, die die Worte America first nicht aussprechen können, ohne sich hinzuzudenken nach England. Die Steuben Society of America kämpfte für Freiheit und Recht gegen die angelsächsische Vorherrschaft in den Vereinigten Staaten, gegen das Eingehen von Bündnissen mit fremden Mächten und vor allem gegen den Vertrag von Versailles! Die erhebende Feier schloß mit einem künstlerischen Teil und mit einer markigen Rede des Kapitäns der Sehdlig. Es steht zu hoffen, daß die Deutsch-Amerikaner es nicht bei den Reden belassen, sondern daß sie auch mit der Tat für ihre alte Heimat eintreten werden.

### Gegensätze in der Reparationskommission.

Bereits zweimal hat die Reparationskommission den Zeitpunkt verschoben, an dem sie das Ergebnis ihrer Beratungen bekannt geben wollte. Aus den Berichten, die bisher veröffentlicht wurden, läßt sich deutlich erkennen, daß starke Gegensätze innerhalb der Kommission vorhanden sein müssen. Man weiß, daß die Engländer und auch der italienische Delegierte in der Kommission für eine mächtigere Bemessung der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 eingetreten sind als in der Vorkonferenz von Cannes in Aussicht genommen wurde. Das französische Bemühen scheint, nachdem über die Sätze von Cannes hinaus eine Steigerung nicht zu erzielen war, darauf gerichtet gewesen zu sein, wie man das Kontrollsystem möglichst verschärfen könne. Allerdings scheint es Frankreich auch gelungen zu sein, hinsichtlich der Zahlungen noch eine erneute Konzession zu erpressen. Es heißt, daß Deutschland, wenn es die Sachleistungen nicht vollständig erfüllt, die fehlenden Beträge durch Verzinsungen ersetzen solle. Unter den Kontrollmaßnahmen nennt man an erster Stelle die Aufsicht über die Zollentnahmen und über die Eingänge der Auslandsdevisen. Angeblich will man von Deutschland die Zustimmung zu diesen Kontrollmaßnahmen grundsätzlich fordern, und es scheint nur zwischen den Mitgliedern der Kommission darüber noch gestritten zu werden, ob dies in ultimativer Form geschehen soll oder nicht. Charakteristisch ist, daß man die Frage der internationalen Anleihe wieder hinausgeschoben hat. Das Echo de Paris gibt dafür die klassische Begründung, daß augenblicklich kein Geldgeber geneigt sei, Geld auf Reparationskonto zu leihen. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Die Sachmänner der Reparationskommission haben die richtige Einsicht, aber es fehlt ihnen in jeder Hinsicht am Mut zur Wahrheit!

### Die demokratische Reichstagsfraktion zur Beamtenfrage.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hatte nach einem Referat des Abg. Deltius über die Beamtenbesoldungsfrage einen Unterausschuss eingesetzt, der nach eingehender Prüfung der Fraktion Vorschläge unterbreiten sollte. Dieser Unterausschuss hat nach mehrstündigen Sitzungen beschlossen, der Fraktion vorzuschlagen, den Vereinbarungen der Spitzenorganisationen mit der Reichsregierung über die Neuregelung der Beamtenbesoldung die Zustimmung nicht zu geben. Er ist der Meinung, daß die geplante Regelung nicht befriedigend sei. Zunächst müssen zwei verschiedene Besoldungsgruppen innerhalb des Grundgehalts ausgegliedert werden. Die Fraktion wird dahingehende Vorschläge bei Beratung der Vorlage im Reichstage einbringen. Die Besoldung wurde als Fortschritt begrüßt, ihre Höhe aber als ungenügend bezeichnet. Ebenso ist eine Erhöhung der Kinderszulagen erwünscht. Die Wirtschaftsbeteiligten können in ihrer jetzigen Regelung nicht als ein vernünftiges System bezeichnet werden. Ihre Abschaffung erscheint in diesem unzulässig, es muß nach einem gerechteren Maßstab gesucht werden. Dieser kann in der Feuerungssteuer für einen gesamten Wirtschaftsbezirk gefunden wer-

den. Die Ortszulagen müssen sofort nach den Beschlüssen über die Mietfestsetzungen geregelt werden. Erstrebenswert ist die Rückkehr zum Wohnungsgeld. Eine besondere Beamtenbetreuung und eine unpolitische Beamtenkammer bleiben gewahrt, daß die Beamtenfragen in Zukunft sachlicher behandelt und dem Streit der Parteipolitik mehr entrückt werden. Die Fraktion wird einen ständigen Ausschuss des Reichstages einzusetzen versuchen, der namentlich während der Vertagung die Befugnis haben soll, die Beamtenbesoldungen den Teuerungsverhältnissen anzupassen.

### Deutscher Reichstag.

Stelleicht muß man doch einmal lobend erwähnen, daß neuerdings der Mißbrauch der Einrichtung der Kleinen Anfragen wesentlich nachgelassen hat. Gestern stand sogar nur eine einzige Kleine Anfrage auf der Tagesordnung, auf die hin man erfuhr, daß die Pfandmarktscheine mit dem Bilde des Kaisers noch zu Ende vorigen Jahres in einem Bestande von 1 1/2 Millionen Mark vorhanden waren und wegen der hohen Herstellungskosten aufgebraucht werden müssen. Darauf wurde der Entwurf über die Verklärung der Demobilisierungsvorderordnung dem Ausschuss überlesen und dann gab es eine letzte kurze Auseinandersetzung zwischen rechts und links zur Vermögenssteuer. Die Abstimmung ergab im wesentlichen die Annahme des Entwurfs in der Ausschussfassung. Zu Paragraph 18 (Wertermittlung) wurde die Abänderung angenommen, daß für die Veranlagung zu den Zuschlägen gemäß der Reichsabgabenordnung der Ertragsdurchschnitt der letzten drei Jahre berücksichtigt werden soll. Ferner wurden mehrere Entschließungen angenommen, denen zufolge die Valutentwertung sowohl bei der Einkommen- wie bei der Erbschaftsteuer in Rechnung gestellt und das Problem einer stabilen Wertseinheit für das ganze Wirtschaftsleben einer Prüfung unterzogen werden soll. Sodann erlebte man ziemlich rasch das Vermögenszuwachssteuergesetz. Auch hierbei versuchten die Deutschnationalen einerseits und die Kommunisten andererseits Abänderungen, die aber sämtlich von der Mehrheit abgelehnt wurden, und zwar sowohl die Milderungsvorschläge von rechts wie die Verschärfungsanträge von links. Es bleibt also dabei, daß die Steuer für die ersten 200 000 Mark 1 Prozent beträgt und bis auf 10 Prozent steigt. Von der Steuer frei bleibt der Vermögenszuwachs, der länger als 12 Jahre zurückliegt; außerdem ist nach Paragraph 14 nur der Zuwachs steuerpflichtig, der 100 000 Mark übersteigt, und schließlich wird die Steuer nur erhoben, wenn das Endvermögen mehr als 200 000 Mark beträgt. Nächster Punkt war der Entwurf über die Besteuerung des Vermögenszuwachses aus der Nachkriegszeit. Im Ausschuss hat sich bekanntlich eine Mehrheit dafür gefunden, die diese Vorlage überhaupt gestrichen wissen will. Es war selbstverständlich, daß die Linke, auf deren Forderung der Entwurf überhaupt zurückzuführen ist, das Kind ihres Geldes mit allen Mitteln zu verteidigen suchte und es war recht interessant, die Abg. Dr. Seher (Kom.), Goldmann (Unabh.), Rosner (Kom.), esutti quant immer von neuem für die Wiederherstellung eintreten zu sehen.

### Kleine politische Meldungen.

Abkehrung von Auslandsentschädigungen durch die Entente. Vor der Uebergabe des bei Deutschland verbleibenden Gebietes Oberschlesiens war nach die Frage der Auslandsentschädigungen offen. Eine deutsche Note vom 13. Dezember ersuchte deshalb die Vorkonferenz um Regelung der Frage dahin, daß die alliierten Mächte für die Auslandsentschädigungen aufkommen sollten, und zwar mit Rücksicht darauf, daß sie die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den besetzten Gebieten übernommen haben. Die Antwort der Vorkonferenz, unterzeichnet von Poincaré, ist jetzt eingetroffen. Sie lautet abnehmend. Solche Entschädigungen müßten aus örtlichen Einnahmen aufgebracht werden. Eine Verantwortlichkeit der alliierten Mächte könne nach dem Friedensvertrage nicht in Frage kommen.

Der künftige Ernährungsminister. Direktor Hageborn, der bereits unter Batocki im Ernährungsministerium eine Rolle spielte, wird als künftiger Ernährungsminister genannt. Hageborn ist nicht ausgesprochener Parteimann, steht aber der Volkspartei am nächsten. Neben ihm werden zwei Zentrumskandidaten genannt, der Vorsitzende der Zentrumsgruppe v. Guérard und Generaldirektor Kroner.

Die Konferenz der Ernährungsminister. Die Ernährungsminister der deutschen Länder haben sich gestern vormittag in Berlin zu einer Besprechung versammelt, die in der Hauptsache der Frage gilt, ob die Getreideumlage beibehalten werden soll, d. h. also, ob und in welchem Umfang der Landwirtschaft weiter die Ablieferung einer gewissen Getreidemenge zu festgesetzten Preisen auferlegt werden muß.